

## Renten

### Sozialer Altersfaktor

Die alte Bundesregierung wollte mit ihrem Rentenreformgesetz 1999 die bisherige Formel für die Anpassung der Renten an die allgemeine Einkommensentwicklung um einen Demographiefaktor ergänzen. Dieser Faktor sollte bewirken, daß mit steigender Lebenserwartung die Renten langsamer wachsen als die Nettoentgelte der abhängig Beschäftigten. Dadurch sollte der ansonsten notwendige Anstieg des Rentenbeitragsatzes in den nächsten Jahrzehnten in Grenzen gehalten werden. Einer der ersten Handlungen der neuen Bundesregierung war die Aussetzung dieses demographischen Faktors. Laut Bundesarbeitsministerium beständen auch im Rahmen der geplanten neuen Rentenreformgesetzes keine Pläne, einen wie auch immer gearteten Demographiefaktor bei den Rentenerhöhungen zu berücksichtigen. Man darf gespannt sein, wie das Ministerium die Probleme der Rentenversicherung aufgrund der steigenden Lebenserwartung und der relativ zunehmenden Rentnerzahl lösen wird.

Der grüne Koalitionspartner hat demgegenüber kürzlich einen „sozialen Altersfaktor“ offiziell in die Diskussion eingebracht. Danach sollen bei steigender Lebenserwartung nicht alle, sondern nur die überdurchschnittlichen Renten langsamer steigen. Aus Sicht der Grünen ist dies auch konsequent. Durch einen in Zukunft verlangsamten Rentenanstieg würden überdurchschnittlich verdienende Rentnerhepaare und ledige männliche Rentner belastet, ledige und geschiedene Frauen überdurchschnittlich verschont. Die Äquivalenz zwischen Beitragszahlungen und Rentenanswartschaft würde zudem weiter gemindert, d.h. die Beitragszahlungen erhalten verstärkt einen steuerähnlichen Charakter. Es ist dann nur noch eine Frage der Zeit, wann das Ziel einer steuerfinanzierten Grundrente für die abhängig Beschäftigten erreicht ist – wenn diese denn bereit sind, dieser Politik zu folgen. ogm

## Bündnis für Arbeit

### Vorschlag zur Lohnsubventionierung

Die dem Bündnis für Arbeit zuarbeitende Benchmarking-Gruppe hat mit ihrem Vorschlag zur Lohnsubventionierung geradezu in ein Wespennest gestochen. Während noch Aufruhr über die gesetzlichen Veränderungen bei der sogenannten Scheinselbstän-

digkeit und den 630-DM-Jobs herrscht und über Änderungen nachgedacht wird, verlangt die Experten-Gruppe eine Befreiung von Sozialabgaben bei allen Einkommen unter 1500 DM. Außerdem soll nach diesem Vorschlag die Beitragsentlastung bei Einkommen zwischen 1500 und 2800 DM degressiv gesteigert werden. Die auf zweistellige Milliardenbeträge geschätzten Lohnsubventionen sollen durch Steuermittel gegenfinanziert werden, so daß die betroffenen Arbeitnehmer voll sozialversichert bleiben.

Die Idee der Befreiung von Sozialversicherungsbeiträgen für Niedrigeinkommen zur Förderung der Beschäftigung in diesem Segment ist keineswegs neu. Ein Blick über die Grenzen zu unseren Nachbarn in Frankreich und Belgien zeigt, daß derartige Programme bereits seit geraumer Zeit laufen, um insbesondere Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte in den Arbeitsmarkt wieder einzugliedern. Auch in Amerika existiert mit dem Earned-Income-Tax-Credit-Programm ein System der Negativsteuer, das Arbeitnehmern die notwendige finanzielle Absicherung gewährt und den Unternehmen die Beschäftigung von Niedriglohnbezieher attraktiv macht. Alle Beispiele verdeutlichen jedoch, daß eine flächendeckende Lohnsubventionierung nicht praktiziert wird und von der Kostenseite her betrachtet auch nicht akzeptabel ist. Offensichtlich ist die Nachfrage nach niedrig bezahlten Dienstleistungen größer als geahnt. Um diesem Bedarf gerecht zu werden und gleichzeitig schwer vermittelbaren Arbeitnehmern eine Beschäftigung zu verschaffen, ist der gezielte Einsatz staatlicher Mittel sinnvoll. dw

## Telekom-Fusion

### Geniestreich oder Eigentor?

Die Phase der strategischen Allianzen auf dem europäischen Telekommunikationsmarkt scheint endgültig vorbei zu sein. Die Übernahme von Oteio durch Mannesmann Arcor, der Versuch der feindlichen Übernahme von Telecom Italia durch Olivetti unter tätiger Mithilfe wiederum von Mannesmann und nun die geplante Fusion der Deutschen Telekom mit Telecom Italia lassen vermuten, daß die Ära der Global Player auch in Europa beginnt.

Auf den ersten Blick ist der Deutschen Telekom ein Schnäppchen gelungen: Als „weißer Ritter“ erobert sie via Aktientausch fast zum Nulltarif den italienischen Markt und schont damit die mittels Kapitalerhöhung angestrebte „Kriegskasse“. Diese könnte genutzt werden, um nach weiteren internationalen Partnern Ausschau zu halten (im Gespräch ist die

Übernahme von Cable&Wireless oder Sprint bzw. eine Kooperation mit Bell South oder SBC) und in den wichtigen Märkten Großbritanniens und der USA einzusteigen. Als angenehmer Nebeneffekt wurde darüber hinaus der Expansionsdrang des Konkurrenten Mannesmann gebremst.

Bei näherem Hinsehen ergeben sich allerdings Zweifel, ob hier wirklich der optimale Internationalisierungsweg gewählt wurde. Weniger der Bruch mit der France Télécom gibt Anlaß zur Sorge: Diese Allianz ließ von Beginn an Effizienz und Dynamik vermissen. Problematischer ist, daß die römische Regierung Fusionsbedingungen stellt, die die Manövrierfähigkeit eines zukünftigen deutsch-italienischen Gemeinschaftsunternehmens sehr erschweren dürften. Beide Unternehmen haben den Weg vom trägen Monopolisten zum flexiblen, dynamischen Akteur in einer Branche, die durch raschen Wandel gekennzeichnet ist, erst zum Teil zurückgelegt. So wie sich die Dinge jetzt entwickeln, könnte der Erwerb von Telecom Italia letztlich doch ein teurer Umweg auf dem Weg der Deutschen Telekom zu einem echten Global Player werden. cb

### Rußland

## Unterstützung des Westens

In der russischen Wirtschaft, die durch die Finanzkrise vom August 1998 um mindestens vier Jahre zurückgeworfen ist, haben die Reformen immer noch nicht Tritt gefaßt. Alle wichtigen makroökonomischen Indikatoren bestätigen den wirtschaftlichen Niedergang. In dieser Situation kann Rußland ohne weitere Beistandskredite und Umschuldungen seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Da Rußland jedoch politisch wichtig ist, kann es sich immer wieder auf die finanzielle Unterstützung des Westens verlassen.

Ende April 1999 kündigte der Geschäftsführende Direktor des IWF Camdessus ein neues Stand-by-Arrangement in Höhe von 4,5 Mrd. \$ und mit einer Laufzeit von 18 Monaten an. Der neue Kredit, dessen Auszahlung an eine Reihe von Bedingungen geknüpft ist – wie die Verabschiedung von Gesetzen bezüglich des Steuersystems, des Wechselkursregimes, des Konkursverfahrens und der Bankenaufsicht –, soll nicht an die russische Zentralbank überwiesen, sondern direkt mit Forderungen des IWF verrechnet werden. Die Auszahlung des Kredits, so er denn bewilligt wird, kann sich noch Wochen, wenn nicht gar Monate hinziehen. Seine Wirkung als wichtige vertrauensbildende Maßnahme ist jedoch bereits heute nicht zu

unterschätzen. Sowohl die Weltbank als auch die G-7-Staaten haben ihre Bereitschaft signalisiert, Verhandlungen über suspendierte Kreditprojekte bzw. Umschuldungen aufzunehmen.

Es bleibt Rußland überlassen, ob es den Vertrauensvorschuß für eine Beschleunigung der marktwirtschaftlichen Reformen nutzen wird. Sicher ist dies nicht, denn seitdem die Nato-Bomben auf Jugoslawien fallen, werden in Moskau Stimmen laut, die für eine pragmatische, spezifisch russische Wirtschaftspolitik plädieren. Solch ein dritter Weg scheint die Russen immer noch zu faszinieren. ap

### Dritte Welt

## Gefährdete Entwicklung

Im Rahmen der Frühjahrstagung der Bretton-Woods-Institutionen machte die Weltbank deutlich, daß an der Schwelle des neuen Jahrtausends die Bemühungen vieler Entwicklungsländer zur Verbesserung des Lebensstandards massiv gefährdet sind. Das hohe Wachstum vor allem in der ersten Hälfte der 90er Jahre hatte die Erwartungen geweckt, bis zum Jahre 2015 die Zahl der Armen zu halbieren. Die durchschnittliche Wachstumsrate der Länder der Dritte Welt beträgt jedoch gegenwärtig bestenfalls 1,4% verglichen mit 5,3% von 1991 bis 1997. Da die Bevölkerung durchschnittlich um 3 bis 4% zunimmt, ist der Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens in den meisten Ländern deutlich spürbar. So beträgt z. B. in den Regionen Indonesiens die Armutsrate jetzt 14 bis 20% statt 7% wie vor zwei Jahren. Wenn sich die Situation nicht schnell ändert, werden manche Länder der vorher so schnell prosperierenden ostasiatischen Region erst in 50 Jahren eine Halbierung der Zahl ihrer Armen erleben.

Neben dem Niedergang der Rohstoffpreise und der HIV-Seuche wurde die Asienkrise als Hauptursache der Gefährdung der Entwicklungsbemühungen ausgemacht. Doch die Bretton-Woods-Institute müssen gesehen haben, daß einige der asiatischen Länder wegen ihrer von Korruption geprägten Finanzsektoren eigentlich keine Vorzeigeländer waren und den internationalen Finanzmärkten nur ein Bild vorgaukelten, das mit der inneren Verfassung wenig übereinstimmte. Die Führungsgremien der multilateralen Institute, vor allem die des IWF, müssen daher bei der Gestaltung der neuen internationalen Finanzarchitektur dafür sorgen, daß die entsprechenden regelmäßigen Länderanalysen, deren Aussagefähigkeit durch verbesserte statistische Standards zu erhöhen ist, frühzeitig veröffentlicht werden. ho